

Nr. 17/1250

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verfehlung der Leistungsziele Arbeitsplatzschaffung und -sicherung, Flächenvermarktung, Akquisition und Besuchergewinnung durch die bremische Wirtschaftsförderung
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2010
(Drucksache 17/1320)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. August 2010
(Drucksache 17/1377)
2. Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Stopp der Jugendgewalt“ vorlegen
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 11. Juni 2010
(Drucksache 17/1332)
3. Inklusionspädagogen an Gymnasien und Oberschulen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. Oktober 2010
(Drucksache 17/1474)

Nr. 17/1251

Tag der Deutschen Einheit in Bremen

Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 27. September 2010
(Drucksache 17/1455)

Dieser Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 17/1252

Fragestunde

1. Wie weiter mit den Waffen?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2010
2. Waffenabgabe
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2010
3. Impfstoff gegen Schweinegrippe
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 4. Oktober 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

4. Polizeieinsatz während der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 4. Oktober 2010
5. Drohender Wegfall der mündlichen Zollanmeldung
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Oktober 2010
6. Erzieherinnenmangel
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhkert, Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2010
7. Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhkert, Dr. Oliver Möllenstädt und Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2010
8. Teilnahme an Integrationskursen nach § 44 Aufenthaltsgesetz
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 19. Oktober 2010
9. Vermietung von öffentlich finanzierten Räumen zu kreationistischen Missionsveranstaltungen
Anfrage des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. Oktober 2010
10. Herzinfarkttrisiko in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. Oktober 2010
11. Chapter des Motorradclubs Mongols in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Oktober 2010
12. Schulkinowoche in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karin Krusche, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. November 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1253

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/1254

Einheitsfeier nicht aus Bildung finanzieren – Umlagefinanzierung zurücknehmen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. November 2010
(Drucksache 17/1497)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1255

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010

Mitteilung des Senats vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1429)

2. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2010**

(Drucksache 17/1509)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Nachtragsproduktgruppenhaushalt für das Jahr 2010.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 in zweiter Lesung.

Nr. 17/1256

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes und Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1527)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1257

Abfallsammlung bürgerfreundlich gestalten – kommunale Steuerung erhalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. Juni 2010
(Drucksache 17/1318)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei den kommenden Beratungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Bundesrat dafür einzusetzen, dass im Sinne der Daseinsvorsorge die Kommunen unmissverständlich die vollständige Verantwortung für die Sammlung sämtlicher Abfälle aus privaten Haushalten erhalten.

Nr. 17/1258

Innovationen fördern – Bremen zur Pilotregion für Elektromobilität ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2010
(Drucksache 17/1319)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1259

Elektromobilität im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. Juni 2010
(Drucksache 17/1327)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. August 2010

(Drucksache 17/1388)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1260

Elektromobilität im Land Bremen fördern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. September 2010
(Drucksache 17/1451)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept mit Strategien zur Partizipation an der wachsenden Zukunftstechnologie Elektromobilität zu erarbeiten, das beschreibt, wie die Elektromobilität in Bremen unter Berücksichtigung der Entwicklung der regionalen Wertschöpfung gefördert werden und welche Rolle die Elektromobilität auch in der langfristigen Perspektive über 2020 hinaus spielen soll. Die planerische Förderung von Elektromobilität soll dabei systematisch mit der Weiterentwicklung der Energieversorgung verknüpft werden und u. a. folgende Punkte umfassen:

1. Wirtschaftliche und Arbeitsmarktpotenziale für Bremen und Bremerhaven und die Metropolregion Bremen–Oldenburg insgesamt,
2. Unterstützung entsprechender Forschungsvorhaben und Netzwerkbildung zwischen Wissenschaft, lokalen Stromerzeugern, Windenergieanlagenherstellern, Fahrzeugherstellern, Zulieferern, Logistikunternehmen usw.,
3. Einrichten einer Stromversorgungsinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Raum, z. B. in Parkhäusern und auf öffentlichen Parkplätzen, die sich aus regenerativ erzeugtem Strom speist,
4. Prüfung, ob der Einsatz von besonders CO₂- und schadstoffarmen Fahrzeugen (z. B. entsprechende Elektrofahrzeuge) als Kriterium bei der Ausschreibung von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen herangezogen werden kann,
5. Förderung des Einsatzes von Elektroautos und Elektrofahrrädern bei geeigneten Dienstleistungsbetrieben und Flottenbetreibern und der Verbindung mit Mietmobilität (z. B. Carsharing, Taxiverkehr) durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen,
6. Unterstützung der Verbindung von Elektromobilität und zusätzlichen regenerativen Stromerzeugungskapazitäten u. a. durch Berücksichtigung im Rahmen landesrechtlicher Baubestimmungen und der Aufstellung von Bebauungsplänen (z. B. Fotovoltaikanlagen auf Großparkplätzen),
7. Unterstützung der Entwicklung einer eigenständigen Umweltplakette (Null-emissionsplakette) für Elektroautos in Umweltzonen,
8. Bemühungen auf Bundesebene für befristete, attraktive Investitionshilfen für besonders CO₂- und schadstoffarme Fahrzeuge (insbesondere auch Elektrofahrzeuge) im Rahmen eines Marktanreizprogramms.

Nr. 17/1261

Elektromobilität – Basis für nachhaltige Mobilität entwickeln

Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1519)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1262

Keine rechtsfreien Räume für Rockergruppen – konsequent gegen Rockerkriminalität vorgehen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. November 2010
(Neufassung der Drs. 17/1427 vom 14. September 2010)
(Drucksache 17/1531)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Grundlage einer Null-Toleranz-Strategie gegen alle Rechtsverstöße aus dem Rockermilieu vorzuge-

hen. Dabei sind sämtliche Möglichkeiten des Straf-, Ordnungs- und Straßenverkehrsrechts konsequent zu nutzen. Insbesondere im Bereich von Menschenhandel und Zwangsprostitution ist daneben konsequent, entsprechend des Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag) vom 26. August 2010, auch durch gewerberechtliche und steuerrechtliche Maßnahmen gegen Mitglieder von Rockergruppen als Zuhälter und Bordellbetreiber vorzugehen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, keine kooperativen Absprachen mit Hells Angels oder anderen Rockergruppen zu treffen, deren Mitglieder durch kriminelle Handlungen in Erscheinung treten und durch konsequentes Handeln klarzustellen, dass es im Land Bremen für Rockergruppen keine rechtsfreien Räume gibt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, hinsichtlich der Rockerclubs, deren Mitglieder verstärkt durch kriminelle Handlungen in Erscheinung treten, die Möglichkeit von Vereinsverböten zu prüfen und das dafür notwendige Tatsachenmaterial kontinuierlich zu sammeln.

Nr. 17/1263

Vierzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 20. April 2010
(Drucksache 17/1261)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Vierzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge Kenntnis.

Nr. 17/1264

Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2010
(Drucksache 17/1372)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1265

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Entwurf des Vierzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 14. RfÄStV), Mitteilung des Senats vom 20. April 2010 (Drs. 17/1261) sowie zum Entwurf eines Gesetzes zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2010 (Drs. 17/1372), vom 15. Oktober 2010

(Drucksache 17/1482)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Ausführungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 17/1266

Farbschmierereien an öffentlichen Gebäuden umgehend beseitigen – Täter konsequent abschrecken

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 9. Juni 2010
(Drucksache 17/1326)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1267

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1350)
1. Lesung
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. August 2010

(Drucksache 17/1410)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1268

Räumliche Beschränkungen für Flüchtlinge und Asylsuchende im Land Bremen aufheben

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. Juni 2010
(Neufassung der Drs. 17/1354 vom 16. Juni 2010)
(Drucksache 17/1357)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. August 2010

(Drucksache 17/1401)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, in welchen Bereichen das Land Bremen Handlungsspielräume für in Bremen und Bremerhaven lebende Asylsuchende zur Lockerung der Residenzpflicht bestmöglich ausschöpfen kann und der staatlichen Deputation für Inneres über das Ergebnis zu berichten,
2. sich auf Bundesebene für eine Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende sowie grundsätzlich für geduldete Ausländerinnen und Ausländer einzusetzen. Wohnsitzbeschränkungen bleiben im Interesse einer ausgewogenen Verteilung der Asylsuchenden und der Geduldeten auf die Bundesländer möglich.

Nr. 17/1269

Gut versorgt zu Hause – angemessene Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Juni 2010
(Drucksache 17/1358)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den mit Unterstützung des Bundesgesundheitsministeriums und der Bremer Gesundheitssenatorin eingerichteten Modellversuch zur Haushaltshilfe aktiv zu begleiten,
2. eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, den Anspruch auf häusliche Krankenpflege zur Vermeidung oder Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes so zu erweitern, dass er im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung oder ei-

ne ambulante Operation in Anspruch genommen werden kann, bis sich die Patientinnen und Patienten selbst ausreichend versorgen und ihren Haushalt selbstständig führen können,

3. zumindest bei den in Bremen tätigen gesetzlichen Krankenkassen für die Selbstverwaltungsgremien anzuregen, dass eine solche Regelung in der Satzung dieser Krankenkassen gemäß § 37 Abs. 2 SGB V verankert wird.

Nr. 17/1270

Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2009 vom 5. Juli 2010

(Drucksache 17/1367)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 17/1271

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 vom 17. September 2010

(Drucksache 17/1437)

Gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2009 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1272

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 21. September 2010

(Drucksache 17/1441)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/1273

Erstes Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 21. September 2010

(Drucksache 17/1442)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/1274

Gesetz zur Änderung der Sondervermögensgesetze Wirtschaft und Häfen

Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2010

(Drucksache 17/1471)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1275

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38 vom 5. Oktober 2010

(Drucksache 17/1473)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1276

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 39 vom 2. November 2010

(Drucksache 17/1500)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1277

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über den Eigenbetrieb GeoInformation Bremen Eigenbetrieb des Landes Bremen und zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010

(Drucksache 17/1477)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1278

Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landes- haushaltsordnung – LHO)

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010

(Drucksache 17/1478)

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 9. November 2010

(Drucksache 17/1529)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1279

Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bun- desratsinitiative „Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (HBegIG 2011)“ – An- trag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfa- len

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010

(Drucksache 17/1483)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1280

Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsinitiative „Entwurf eines Gesetzes zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung (Restrukturierungsgesetz)“ – Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010
(Drucksache 17/1484)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1281

Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsinitiative „Entwurf eines Gesetzes zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz – GKVFinG)“ – Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2010
(Drucksache 17/1485)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1282

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1490)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1283

Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1491)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1284

Bremisches Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner und über die europäische Verwaltungszusammenarbeit (BremEAG)

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1492)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1285

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2008

Mitteilung des Senats vom 10. November 2009
(Drucksache 17/991)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 17/1286

Jahresbericht 2010 der Freien Hansestadt Bremen – Land –

Bericht des Rechnungshofs
vom 19. März 2010
(Drucksache 17/1220)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2010 der Freien Hansestadt Bremen – Land – des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 17/1287

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2008 (Mitteilung des Senats vom 10. November 2009, Drs. 17/991) und zum Jahresbericht 2010 des Rechnungshofes vom 19. März 2010 (Drs. 17/1220) vom 1. November 2010

(Drucksache 17/1499)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1288

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie darauf aufbauender nationaler Förderprogramme

Mitteilung des Senats vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1503)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

